



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 16. September 2009

Aus Berlin

Maßnahmen gegen Korruption im Gesundheitswesen

Zwei Wochen vor der Bundestagswahl setzen sich die regierenden Parteien für eine Verschärfung der Maßnahmen gegen die Korruption im Gesundheitswesen ein. Prof. Karl Lauterbach (SPD) will einen bei der Bundesregierung angesiedelten Posten eines Korruptionsbeauftragten für das Gesundheitswesen einrichten. Willi Zylajew (CDU) schlug vor, durch eine umfassende Kronzeugenregelung die Ermittlung der Staatsanwaltschaften zu erleichtern. Dies begrüßte die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Im Gegenzug haben die Opposition sowie die Bundesärztekammer mit scharfer Kritik auf die Einrichtung eines neuen Postens und auf die damit verbundene Bürokratie reagiert. (Agenturmeldungen, 14. September, 13. September)

Termingarantie bei Arztbesuchen unrealistisch

Die von der Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) geforderte Termingarantie bei Arztbesuchen sei gut gemeint, aber nicht umzusetzen. Das hat der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Jörg-Dietrich Hoppe gesagt. Längere Wartezeiten für Kassenpatienten mit keinen lebensbedrohlichen Erkrankungen seien künftig wegen der limitierten Ressourcen der Fachärzte unvermeidlich. Bei selbstzahlenden Privatversicherten gibt es das Problem nicht, so Hoppe weiter. Als Mitglied im Wahlkampfteam von SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier forderte Schmidt am 15. September eine Termingarantie für Patienten beim Arztbesuch. Durch eine Verschärfung der Regeln für die Praxen sollten gesetzlich Versicherte künftig nicht länger als Privatversicherte auf einen Arzttermin warten müssen, so Schmidt. Grundsätzlich will sie auch die Bezahlung der Ärzte für privat und für gesetzlich Versicherte angleichen. (Agenturmeldung, 16. September, Aachener Zeitung, 16. September)

Schmidt will die Arbeit der Hausärzte erleichtern

Um den Hausärztemangel im ländlichen Raum zu bekämpfen, fordert die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SDP) eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Hausärzten und anderen Gesundheitsberufen. „Gerade Hausärzte müssen von Tätigkeiten entlastet werden, die genauso gut an andere Gesundheitsberufe delegiert werden können, z.B. Dokumentationsaufgaben. Die nicht-ärztlichen Berufe gewinnen parallel an Attraktivität für die jungen Menschen, die sich in den nächsten Jahren für einen Beruf entscheiden werden“, so Schmidt. ([Pressemitteilung des BMG, 15. September](#))

Aus KBV und KVen

Neue Qualitätsstandards für die Untersuchung von Gewebeproben

Die KBV und der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung haben sich auf die Neufassung einer Qualitätssicherungsvereinbarung zur Beurteilung histopathologischer Präparate beim Hautkrebs-Screening verständigt. „Damit haben die Partner der Bundesmantelverträge konsequent auf die Bitte des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) reagiert“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler. Der GBA hatte im Rahmen der Einführung des Hautkrebs-Screenings eine Neufassung der Qualitätssicherungsvereinbarung empfohlen. ([Pressemitteilung der KBV, 15. September](#))

KBV: Kooperation von Kassen und Ärzten erwünscht

Anlässlich der Gründung der Arbeitsgemeinschaft „Innovative Gesundheitsversorgung in Brandenburg – IGiB“ der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) und der AOK des Bundeslandes hat der KBV-Vorstandsvorsitzende, Dr. Andreas Köhler, erklärt: „Erstmals arbeiten eine Kasse und eine KV auf diese Weise zusammen. Wir begrüßen das Engagement und wünschen uns, dass dieses Beispiel Schule macht. Die Herausforderungen für die Gesundheitsversorgung in der Zukunft sind es wert und erfordern geradezu, dass Krankenkassen und Ärzte an einem Strang ziehen.“ Mit IGiB wollen die KVBB und die AOK Brandenburg sich nach eigenem Bekunden für den Abbau der Grenzen zwischen dem ambulanten und stationären Sektor, für neue integrierte Versorgungskonzepte, eine effizientere Arznei- und Heilmittelversorgung sowie Konzepte für die Versorgung chronisch Kranker einsetzen. ([Pressemitteilung der KBV, 14. September](#))

KVB-Vorstand: Vorschlag für zukünftige Konvergenzvereinbarungen

Mit einem Vorschlag zur finanziellen Stützung jener niedergelassener Ärzte, die durch die Honorarreform massive Verluste zu befürchten haben, hat sich der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) an die Krankenkassen in Bayern gewandt. Bislang haben Kassen und KVB auf Vermittlung des bayerischen Gesundheitsministers Dr. Markus Söder nur für das erste Quartal des Jahres 2009 eine so genannte Konvergenzregelung vereinbart. Diese besagt, dass keine Praxis bedingt durch die Honorarreform mehr als fünf Prozent Verlust erleidet. Um einen intensiven Verhandlungs- und Abstimmungsprozess mit den Kassen nicht für jedes Folgequartal neu durchlaufen zu müssen hat der Vorstand der KVB aufgezeigt, wie eine Konvergenzvereinbarung auch für das zweite Quartal 2009 und alle weiteren Quartale bis zum Ende des Jahres 2010 aussehen könnte. Mit einer Antwort der Krankenkassen wird spätestens zur Vertreterversammlung der KVB am 16. September gerechnet. ([Pressemitteilung der KVB, 11. September](#))

KVNO: Wahl eines neuen Vorstandes

Die Vertreterversammlung (VV) der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein (KVNO) hat einen neuen Vorstand gewählt. Er besteht aus Bernd Brautmeier (Kaufmann) und Dr. Peter Potthoff (Frauenarzt). Brautmeier, seit 18 Jahren Hauptgeschäftsführer der KVNO, wurde mit 45 Stimmen gewählt. Potthoff, bereits in der Zeit von 2000 bis 2004 stellvertretender Vorstandsvorsitzender, bekam 29 Stimmen von den insgesamt 48 wahlberechtigten VV-Mitgliedern. Der neue Vorstand tritt sein Amt am 1. Januar 2010 an. Die Amtszeit beträgt ein Jahr. ([Pressemitteilung der KVNO, 11. September](#))

KVHH warnt vor Betrügern

Zurzeit erreichen die Kassenärztliche Vereinigung Hamburg (KVHH) vermehrt Anrufe von besorgten Bürgern. Diese berichteten von einem Anrufer, der sich als Mitarbeiter der KVHH ausgibt und nachdrücklich einen Beratungstermin abmachen will. Dieser Anrufer behauptet, man könne die Praxisgebühr von zehn Euro erstattet bekommen, wenn man ein entsprechendes Formular ausfüllt oder einem Versorgungsvertrag beitrifft. Die KVHH weist darauf hin, dass der Anrufer kein Mitarbeiter der KV ist. „Die KVHH ruft niemals bei einem Versicherten zu Hause an“, stellte Pressesprecherin Barbara Heidenreich klar. „Wir raten dringend davon ab, auf einen

Terminwunsch einzugehen“. Betroffene sollten sich umgehend mit der Polizei in Verbindung setzen. ([Pressemitteilung der KVHH, 16. September](#))

Aus den Verbänden

Kassen von Hausarztverträgen nicht überzeugt

Der Verband der Ersatzkassen (vdek) hat sich kritisch zu den Verträgen von Hausarztverbänden geäußert. Kein Patient werde freiwillig auf die freie Arztwahl verzichten und sich in ein Hausarztmodell einschreiben, wenn der medizinische Nutzen nicht deutlich erkennbar sei. Hausarztverträge wären nur dann sinnvoll, wenn damit auch die Versorgung qualitativ verbessert wird, so der Verband. "Die Hausarztverträge wären längst unter Dach und Fach, wenn die Hausärzteverbände nicht mit völlig überzogenen Honorarvorstellungen an den Verhandlungstisch gekommen wären", sagte Thomas Ballast, Vorstandsvorsitzender des vdek, gesagt. Er forderte die Hausärztelobby auf, sich Gedanken um gute Versorgungskonzepte zu machen und mit angemessenen Angeboten an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Gegenüber der Politik stellte Ballast die Forderung, das "Quasi-Monopol, das die Hausarztverbände heute genießen", wieder abzuschaffen. Der Gesetzgeber hatte festgelegt, dass Krankenkassen spätestens bis zum 30. Juni 2009 Verträge mit Gemeinschaften schließen müssen, die mindestens die Hälfte der an der hausärztlichen Versorgung teilnehmenden Allgemeinärzte des Bezirks der Kassenärztlichen Vereinigung vertreten. ([Pressemitteilung des vdek, 15. September](#))

IQWiG für Nutzenbewertung von Alzheimermedikament Memantin in der Kritik

Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) hat Memantin als Wirkstoff gegen Alzheimer Demenz als unwirksam beurteilt. Dafür kritisierten Fachgesellschaften und Selbsthilfeverbände das Institut. Die Begründung: Das IQWiG habe wichtige Daten aus den Zulassungsstudien für Memantin nicht berücksichtigt. Außerdem habe das Institut nur untersucht, ob sich die Symptome einer Alzheimer-Erkrankung unter Einfluss des Medikaments besserten. Es überprüfte aber nicht, bei wie vielen Patienten sich die Symptome unter Memantin nicht verschlechtern, berichtet die Berliner Zeitung. ([Pressemitteilung des IQWiG, 10. September](#), Berliner Zeitung, 12. September)

Aus der Welt

EU: Sondertagung zur Bekämpfung des Influenzavirus A (H1N1)

Die Gesundheitsminister der „Global Health Security Initiative“ (GHSI) in Brüssel sind zu einer Sondertagung zusammengekommen, um sich mit dem weiteren Vorgehen bei der Bekämpfung der Influenzapandemie durch das neue Influenzavirus A (H1N1) zu befassen. Gastgeber war die Europäische Kommission. Der für Deutschland teilnehmende Staatssekretär Dr. Klaus Theo Schröder erklärte dazu: „Die Influenzapandemie stellt alle Staaten vor große Herausforderungen. Die Zusammenarbeit in der GHSI ermöglicht es, dass sich die Mitgliedstaaten in wichtigen Fragen gegenseitig schnell informieren und beraten. Dazu zählt zum Beispiel das Vorgehen bei den bevorstehenden Impfungen. Wir sind uns einig, dass Impfungen freiwillig sein sollen und nur zugelassene Impfstoffe eingesetzt werden.“ Die Initiative unterstützt zudem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und weitere Organisationen der Vereinten Nationen, um den Entwicklungsländern bei ihren Vorbereitungen zu helfen. ([Pressemitteilung des BMG, 11. September](#))

USA: Republikaner lehnen Gesundheitsreform ab

In seiner Rede zur Gesundheitsreform am 9. September im Kongress hat sich US-Präsident Barack Obama für einen zusätzlichen staatlichen Krankenversicherungszweig ausgesprochen. Die sogenannte „Public Option“ als Alternative zu den bestehenden privaten Krankenversicherungsmodellen spaltet die Demokraten. Zusammenhalt ist jedoch eine Grundvoraussetzung dafür, die Reform durchzusetzen. Dann könnten sie im Repräsentantenhaus eine Gesundheitsreform verabschieden. Im Senat wäre zusätzlich die Stimme mindestens eines

Republikaners notwendig, um die Abstimmung zu gewinnen. Die Republikaner lehnen Obamas Pläne jedoch weiterhin ab. In der nächsten Woche will der Finanzausschuss des Senats einen eigenen Entwurf für eine Gesundheitsreform vorlegen. Ein Kompromissvorschlag des jeweils mit drei Mitgliedern der demokratischen und der republikanischen Partei besetzten Gremiums könnte die Reform wieder in Gang bringen. (Handelsblatt, 11. September, Berliner Zeitung, 12. September)

Außerdem

Neue Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes gewählt

Dr. Regine Rapp-Engels ist die neue Präsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes (DÄB). Die Fachärztin für Allgemeinmedizin, Naturheilverfahren und Sozialmedizin tritt die Nachfolge von Dr. Astrid Bühren an, die satzungsgemäß nach dreimaliger Amtszeit nicht mehr zur Wahl antrat. Rapp-Engels wurde anlässlich des 31. Wissenschaftlichen Kongresses des DÄB gewählt. Die neuen Vize-Präsidentinnen sind Prof. Marianne Schrader und Dr. Kirstin Borchers. ([Pressemitteilung des DÄB, 15. September](#))

Warnung vor illegalen Internetanbietern von Medikamenten wie Tamiflu

„Die aktuelle Besorgnis der Bevölkerung hinsichtlich der Schweinegrippe wird von Geschäftemachern skrupellos ausgenutzt.“ Das hat Dr. Stefan Etgeton, Leiter des Fachbereichs Gesundheit der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), gesagt. Neben Tamiflu werde auch mit anderen verschreibungspflichtigen Arzneimitteln wie hochwirksamen Schlaf- und Schmerzmittel mit hohem Suchtpotenzial oder Viagra illegal im Internet gehandelt. Der vzbv und das Zentrallaboratorium Deutscher Apotheker rieten davon ab, Medikamente bei nicht registrierten Internetanbietern zu kaufen. Dr. Mona Tawab vom Zentrallaboratorium warnte vor erheblichen gesundheitlichen Risiken einer Selbstmedikation mit Tamiflu, da sich Resistenzen entwickeln können: „Wer eine normale Grippe mit Tamiflu behandelt läuft Gefahr, nicht mehr erfolgreich gegen Schweinegrippe therapiert werden zu können.“ Zudem seien zahlreiche Fälschungen unter den illegal angebotenen Medikamenten. ([Pressemitteilung des vzbv, 14. September](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 5,3 Prozent

5,3 Prozent weniger Schwangerschaftsabbrüche gab es im zweiten Quartal 2009 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das hat das Statistische Bundesamt Deutschland (destatis) bekannt gegeben. ([Pressemitteilung des destatis, 10. September](#))

Aus dem Terminkalender

17.09.09	Vertreterversammlung der KV Berlin Berlin
18.09.09 – 20.09.09	24. Bundeskongress des Verbandes medizinischer Fachberufe Hannover
23.09.09	Kongress der Deutschen Gesellschaft für Rheumatologie Köln
26.09.09	XIII. Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe Münster
26.09.09	Kooperationstagung: „Demenz – Gemeinsam für eine bessere Versorgung“ Berlin

30.09.09	AQUIK® - Informationsveranstaltung zur Entwicklung von Qualitätsindikatoren für die ambulante Versorgung Berlin
09.10.09- 10.10.09	3. Norddeutsche Fortbildungstage für Ärzte Hamburg
29.10.09	KBV kontrovers: Ambulant/stationär: Kooperation oder Konfrontation? Berlin
23.11.09- 28.11.09	Klinische Fortbildung für hausärztlich tätige Allgemeinmediziner und Internisten Berlin

Aus der Presse

Ärzte und Kassen sind für DMP Demenz

„Ohne eine gut funktionierende Behandlung und Betreuung von Demenzkranken besteht die Gefahr einer Unter- oder Fehlversorgung. Für die Behandlung von Demenzkranken muss ein einheitlicher Standard eingeführt werden, an dem sich Ärzte orientieren könnten.“ So hat der KBV-Vorstand, Dr. Carl-Heinz Müller, die Notwendigkeit eines Disease-Management-Programms (DMP) Demenz auf dem Zukunftsforum Demenz in Berlin kommentiert. Darüber berichtet die Ärzte Zeitung. „Es ist dringend nötig, Defizite in der Versorgung Demenzkranker durch ein koordiniertes und vernetztes Handeln aller an der Versorgung beteiligten Professionen im Sinne eines DMP abzubauen“, sagte Professor Ingo Füsgen, Ärztlicher Direktor der Geriatrischen Kliniken Wuppertal. Ärzte und Vertreter von Krankenkassen waren sich einig, dass durch ein DMP Demenz Versorgungsdefizite besser zu bekämpfen seien, so die Zeitung. (Ärzte Zeitung, 9. September)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: ivelikova@kbv.de, fknoeppke@kbv.de, cehrlich@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>